



# Interviews

**Datum: 24. Juli 2024**

**Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Silvia Engels**

**Silvia Engels:** Am Telefon ist Nils Schmid. Er ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. – Guten Morgen!

**Nils Schmid:** Guten Morgen, Frau Engels.

**Engels:** Auch Ihnen ist das IZH und diese langen Verdachtsmomente, die gegen es erhoben werden, schon ein Begriff. Warum hat das Verbot so lang gedauert?

**Schmid:** Zunächst mal ist das ein großer Erfolg von Nancy Faeser und dem Innenministerium, dass es jetzt zu dem Verbot gekommen ist. Der Bundestag hatte schon vor über einem Jahr parteiübergreifend die Schließung gefordert. Der Hintergrund, weshalb das so lange gedauert hat, ist schlicht und ergreifend der, dass das Bundesinnenministerium, egal unter welcher Führung, großen Wert darauf legt, dass solche Verbote vor Gericht Bestand haben, sehr solide vorbereitet werden. Hinzu kommt im Fall des Islamischen Zentrums Hamburg, dass es zugleich als Moschee, als Ort der Ausübung des Grundrechts auf Religion fungiert, und da sind die Hürden für ein Verbot besonders hoch. Umso wichtiger ist es, dass es jetzt gelungen ist. Es ist ein großer Erfolg des Innenministeriums und auch der Arbeit von Nancy Faeser.

**Engels:** Nun wird schon lange vermutet, dass auch Finanzierungsstrukturen für die Hamas und die Hisbollah direkt oder indirekt über das IZH laufen. Denken Sie, damit ist eine wesentliche Quelle für diese radikal-islamistischen Organisationen gekappt, oder hat man sich da längst schon außen herum organisiert?

**Schmid:** Es ist sicher eine wesentliche Quelle gekappt worden, insbesondere auch durch das Verbot des gesamten Netzwerkes, denn wir haben ja feststellen müssen, dass es Teilorganisationen des Islamischen Zentrums Hamburg in anderen Städten Deutschlands gibt. Die Vereinsstruktur solcher Organisationen ist meistens sehr undurchschaubar und man muss

dann auch rechtlich fundiert so vorgehen, dass man alle Teile erwischt und nicht eine Vereinsstruktur übrig bleibt oder ein Standort übrig bleibt. Das ist jedenfalls jetzt für das IZH gelungen. Wir müssen trotzdem damit rechnen, dass Terrorfinanzierung auf anderem Wege geschieht. Deshalb müssen die Sicherheitsbehörden wachsam bleiben und allem nachgehen, was dort auch an neuen Strukturen gegebenenfalls aufgebaut wird. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass insbesondere Hisbollah es geschafft hat, immer wieder Sammelstellen einzurichten, häufig unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe für Menschen im Libanon. Das gilt es jetzt genau zu beobachten und auch neu entstehende Strukturen gegebenenfalls dann wieder zu untersagen.

**Engels:** Vielen Dank, Nils Schmid, für diese ersten Informationen beziehungsweise Einschätzungen zum Verbot des IZH durch die Bundesinnenministerin. Wir kommen jetzt zu dem Thema, was wir eigentlich besprochen hatten, nämlich die EU-Außenpolitik. Da gab es in letzter Zeit einiges an Konflikten. Das wurde ein bisschen überdeckt durch die rasanten Entwicklungen in den USA, aber wir greifen es noch mal auf. Ein Stichwort ist wieder mal Ungarn. Die dortige Regierung hat gestern angekündigt, bis auf weiteres die Auszahlung von EU-Ukraine-Hilfen zu stoppen. Grund ist ein Streit zwischen Budapest und Kiew um die Durchleitung von russischem Öl über die Ukraine nach Ungarn. Kiew hat diese, für Ungarn und auch die Slowakei sehr wichtige Durchleitung gestoppt. Wie sollte sich die EU-Kommission, wie die Mitgliedsstaaten in dieser Frage verhalten, wenn jetzt wieder Gelder für die Ukraine nicht laufen?

**Schmid:** Das ist eine weitere Episode dieses Spiels Ungarns, seine eigene Position stärken zu wollen innerhalb der EU durch Blockade von Hilfen für Kiew. Wir werden alles daran setzen, das zu überwinden. Olaf Scholz ist es in der Vergangenheit gelungen, dieses auch über ungewöhnliche Schritte, indem einfach Herr Orban mal vor der Tür geblieben ist bei wichtigen Abstimmungen, zu erreichen. Das sollte uns auch in Zukunft gelingen.

Man muss fairer Weise sagen, dass Ungarn dieses Spiel immer nur bis zu einem bestimmten Maße betreibt und dann einlenkt. Das heißt, meistens führt das zu einer Verzögerung, aber nicht zu einer kompletten Blockade. Insbesondere bei Sanktionen haben wir gesehen: Wenn einmal Sanktionen beschlossen worden sind oder ausgeweitet worden sind gegen Russland, dann hat bei der Verlängerung dieser Sanktionen Ungarn in der Regel mitgemacht. Aber es ist ein sehr unsolidarisches Spiel und Ungarn macht alles, um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU gegenüber Russland und zu Gunsten der Ukraine zu behindern oder zu verzögern. Das ist extrem gegen den Geist der EU-Zusammenarbeit gerichtet und wir sollten Ungarn möglichst wenig Spielraum lassen, dieses dann auch noch öffentlich für sich auszuschlachten, wie es leider jetzt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft geschieht. Noch nie hat ein Land so unverfroren diese Ratspräsidentschaft für Ego-Trips und eigene außenpolitische Überlegungen genutzt. Das schadet der EU insgesamt.

**Engels:** Das schadet der EU insgesamt. Sie spielen damit auf die Besuche Viktor Orbans bei Wladimir Putin, bei Donald Trump oder Xi Jinping ab, wo man sich ja den Eindruck gegeben hat, man spreche hier für die EU, was nicht stimmt. Als Reaktion darauf will der Außenbeauftragte Borrell nun ein geplantes informelles Außenministertreffen in Budapest durch eine eigene Einladung nach Brüssel unterlaufen. Da sind allerdings wieder Spanien und Deutschland dagegen. Außenministerin Baerbock hielt gestern Borrell entgegen, die Zeiten seien zu ernst für irgendwelche Spielchen. Zerlegt sich jetzt die EU auch noch in einem einheitlichen Umgang mit Ungarn?

**Schmid:** Ich hätte mir gewünscht, dass wir geschlossen ein Signal an die ungarische Regierung senden, dass wir diese Spiele nicht mitmachen. Deshalb fand ich den Vorstoß von Borrell gut und auch gerechtfertigt, denn Ungarn inszeniert sich während der Ratspräsidentschaft als großer weltpolitischer Akteur. Das ist aber nur möglich, weil Ungarn Teil der EU und der NATO ist. Wäre Ungarn alleine auf sich gestellt, würde sich kein Mensch für Herrn Orban und die ungarische Regierung interessieren. Deshalb sollten wir möglichst wenig Fläche und Gelegenheit bieten für die ungarische Regierung, sich als großer EU-Ratspräsident darzustellen, sondern das auf kleiner Flamme halten, denn Ungarn spielt dieses Spiel ja seit Jahren und inszeniert sich als Vorkämpfer gegen die EU-Bürokratie, stilisiert sich zum Opfer von dunklen Machenschaften der EU. Deshalb sollte die EU da auch mal ein Stoppsignal setzen und sagen, wir machen das nicht mit.

**Engels:** Um das festzuhalten: Sie unterstützen Borrells Vorgehen. Dagegen Außenministerin Baerbock hält das für falsch. Das heißt, auch die deutsche Außenpolitik ist hier nicht ganz einig?

**Schmid:** Frau Baerbock hat recht, dass sie den Gesprächsfaden zu Ungarn aufrecht erhalten will, aber wie gesagt, ich fand den Vorstoß von Borrell richtig, mal ein Signal zu setzen, dass wir den Ungarn nicht alles durchgehen lassen.

**Engels:** Stichwort Uneinigkeit. Bei dem EU-Außenministertreffen am Montag ließ auch ein ganz anderes Thema aufhorchen, nämlich ein Vorstoß von Italien, Österreich, Kroatien, Tschechien, Zypern, Griechenland, Slowenien und der Slowakei. Sie alle plädieren dafür, Kontakte zu Syrien aufzunehmen, dem Land, das von Baschar al-Assad autoritär geführt wird, auch die Opposition blutig niederschlagen lässt und zu dem die EU bislang alle Kontakte ablehnt. Deutschland schloss sich diesem Vorhaben nicht an. Was sagen Sie zu dem Vorstoß, wieder Normalität zu Syrien zumindest zu beginnen?

**Schmid:** Die Länder, die das wollen, müssen erst mal erklären, zu welchem Syrien sie denn Normalität herstellen wollen.

**Engels:** Die Überlegung ist ja, einen Syrien-Beauftragten einzusetzen, der zu allen Gruppen, auch der syrischen Führung Kontakt knüpft. Ist das auch Ihr Ziel?

**Schmid:** Nein. Ich habe diesen Vorstoß nicht verstanden und es ist auch richtig, dass die EU dem nicht gefolgt ist. Wir haben eine völlig zersplitterte politische Landschaft in Syrien. Wir haben eine autoritäre Regierung in Damaskus, die aber mehr oder weniger eine Verbrecherbande ist, die sich über Drogenhandel und die Ausbeutung der wenigen Ressourcen, die noch zur Verfügung stehen, über Wasser hält, die aber nicht mal in den sogenannten Regime-Gebieten die vollständige Kontrolle hat, ganz zu schweigen davon, dass wesentliche Teile des Landes gar nicht in dem Einflussbereich von Assad sind. Wir haben leider keinen Ansprechpartner und müssen erst mal dafür sorgen, dass es einen politischen Prozess gibt, der uns einen solchen Ansprechpartner vermittelt. Wir haben auch gesehen, dass die Versuche der Arabischen Liga, beispielsweise mit Assad ins Gespräch und auch ins Geschäft zu kommen, überhaupt nicht zur Sicherheit beigetragen haben. Der Drogenhandel geht weiter. Jordanien und die anderen Nachbarländer im arabischen Raum werden destabilisiert durch von Assad und seinen Schergen maßgeblich vorangetriebenen Drogenhandel. Solange es keine staatliche Struktur dort gibt, macht es auch wenig Sinn, mit Leuten da ins Gespräch zu kommen.

**Engels:** Keine staatliche Struktur, das würden einige anders sehen, da zumindest Baschar al-Assad Teile von Syrien kontrolliert. Wäre das nicht einfach ein Anerkennen der Realität, dass der langjährige Versuch der EU, Baschar al-Assad auszubremsen, ihn nicht anzuerkennen, gescheitert ist und man mit ihm irgendwie wieder umgehen muss?

**Schmid:** Es ist die Frage, über welche Realität reden wir. Wir reden über eine Realität, wo Herr Assad nicht mal in den eigenen Regime-Gebieten vollständige Kontrolle hat, und das, was an staatlicher Kontrolle da ist, im Wesentlichen Kriminalität ist und nicht wirklich eine funktionierende Verwaltung. Und wir haben auch gesehen, dass der Versuch, vermeintlich pragmatisch auf Assad zuzugehen durch die Arabische Liga, gescheitert ist. Es gibt keinerlei Fortschritte in den Bemühungen um Sicherheit, um Eindämmung beispielsweise von Kriminalität und Drogenhandel mit den arabischen Nachbarländern. Insofern zeigt gerade die Erfahrung der letzten anderthalb Jahre, dass diese vermeintliche realistische Politik in eine Sackgasse führt.

**Engels:** Das muss man aber jetzt auch in Bezug setzen zu einer aktuellen Gerichtsentscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster. Das hatte die Abschiebung eines straffällig gewordenen Syrers aus Deutschland für möglich gehalten und auch damit begründet, dass „für Zivilisten in Syrien keine ernsthafte individuelle Bedrohung ihres Lebens oder ihrer körperlichen Unversehrtheit infolge willkürlicher Gewalt mehr bestehe“. Deckt sich das auch mit Ihrer Erkenntnis über die Lage in Syrien? Heißt: Kann man in Teile Syriens wieder abschieben?

**Schmid:** Das müsste man im Einzelfall sehr genau prüfen. Wir haben leider immer wieder Berichte aus allen Gebieten, dass die Sicherheit von Leib und Leben nicht gewährleistet ist. Es wurden auch Rückkehrer in den Assad-Gebieten willkürlich festgenommen und verschwanden in Gefängnissen. Deshalb ist wenn, dann das nur nach intensiver Einzelfallprüfung und Abwägung möglich, beispielsweise bei schweren Straftaten, aber das ist jetzt kein Signal, das von dem Urteil ausgeht, dass wir im großen Stil Leute nach Syrien zurückführen können. Da gilt das gleiche wie bei Afghanistan. Wir haben rechtliche Vorgaben, wie wir mit möglichen Abschiebungen umgehen, und das muss im Einzelfall entschieden werden. Das Urteil von Münster ist selbstverständlich zu respektieren, hat aber keine Breitenwirkung.

**Engels:** In Deutschland leben derzeit rund 700.000 syrische Flüchtlinge. Viele davon haben keinen anerkannten Asylstatus, sie stehen aber unter subsidiärem Schutzstatus. Heißt: Aufgrund der generellen Bedrohung in Syrien wurden sie bislang nicht abgeschoben. Ändert sich das nun für viele? Bayern verlangt zum Beispiel, die generelle Lagebeurteilung über Syrien dahingehend zu ändern.

**Schmid:** Dafür sehe ich nicht genügend Anhaltspunkte, diesen subsidiären Schutz insgesamt in Frage zu stellen. Was wir, auch ausgehend von dem Urteil von Münster, machen können ist, im Einzelfall bei Abschiebungen eine Abwägung vorzunehmen, dass es vielleicht doch bei bestimmten Straftaten in der Abwägung möglich ist, eine Abschiebung durchzuführen. Aber den subsidiären Schutz in Frage zu stellen, dafür ist das Urteil kein Anlass.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*